Nr. 131. 2. Ausgabe. Täglich 90000 Auflage. Sonntag, 15. Mai 1904.

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Größte Auflage in Sachsen.

Haupt-Annahmestelle für Abonnements und Inserate: Pillnitzer Straße 49. Ferner nehmen an: die Filialen Altmarkt: R. Meyer, Sauguer Straße 43; M. Weber, Blasewitzer Straße 16; Otto Kugel, Falkenstr. 16; Th. Grimm, Hauptstraße 18 und Hamburger Straße 43; J. Budesik, Königsbrücker Straße 54; Ernst Malaska, Kurfürstenstraße 31; Oster Reuer, Marienstr. 28; H. Wagner, Oppelstraße 21; A. Kunisch, Pfotenhauerstraße 58; E. Thürmer, Pirnaischer Platz 8; Regiets, Potzschaer 9; G. Schneider, Schäferstraße 6; Johann Stachna, Cotta, Cottbuser Str. 19; L. Baumgarte, Strehlener Straße 54; P. Gorke, Wiener Platz 1; O. Merle und alle Annoncen-Bureaus.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Pillnitzer Straße 49.
Fernsprecher: Redaktion Amt I Nr. 3897, Expedition Amt I Nr. 4571, Verlag Amt I Nr. 542.

Anzeigenpreis: Die 1spaltige Kolonelzeile für Dresden und Vororte 20 Pf., für auswärts 25 Pf. Finanzinserate erhöhte Preise. Die 2spaltige Reklamezeile 1 Mk., auswärts 1,50 Mk. Garantie für Erscheinen von Inseraten an vorgeschriebenen Tagen und auf bestimmten Plätzen wird nicht übernommen. Bezugspreis: Durch die Post monatlich 67 Pf. Für Dresden monatlich 50 Pf. Für Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 3,36 Kr., mit „Illustrierte Blätter" 3,78 Kr. Postbestellungen: in Deutschland und Oesterreich-Ungarn ohne „Illustrierte Blätter" „Dresdner Neueste Nachrichten Ausgabe A", mit „Illustrierte Blätter" „Dresdner Neueste Nachrichten Ausgabe B".

Diese 44seitige Sonntags-Frühausgabe umfaßt mit der 12seitigen 1. Sonntags-Ausgabe zusammen 56 Seiten. Roman siehe Seiten 21 und 22, Haus und Herd Seiten 23 und 24.

Mißstände im Gefängniswesen.

Ein der sozialdemokratischen Partei nahestehendes Berliner Blatt „Die Zeit am Montag" und der „Vorwärts" hatten mehrfach Aktenstücke veröffentlicht, aus denen — falls es sich nicht um Fälschungen handelte — unzweifelhaft hervorging, daß in einigen Gefängnissen in und um Berlin, namentlich in der bekannten Strafanstalt in Plötzensee, Gefangene, die geistig oder körperlich krank waren und daher die ihnen aufgetragene Arbeit nicht verrichten konnten, wegen vermeintlicher Widersetzlichkeit in Dunkelarrest gebracht und auf andre Art gepeinigt worden seien, so daß sie an den Folgen dieser Mißhandlungen gestorben seien. Es handelte sich um drei oder vier Fälle und in allen wurden heftige Anklagen namentlich gegen die betr. Anstaltsärzte erhoben. Wären jene Aktenstücke gefälscht oder unrichtig wiedergegeben worden, dann hätte die preußische Regierung dies natürlich sofort erklärt. Das ist nicht geschehen, wohl aber ist gegen die betr. Blätter Anklage erhoben worden, woraus jedenfalls hervorgeht, daß die Mitteilungen nicht durchweg zutreffend waren und daß infolgedessen wohl eine formelle Verurteilung erfolgen wird. Das ist indessen gleichgültig und ändert nichts daran, daß höchst bedauernswerte Mißgriffe in einzelnen Fällen vorgekommen sind und daß es notwendig erscheint, eine Wiederholung derartiger trauriger Dinge zu verhüten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich dieser Angelegenheit, die ihr leider wieder einen ergiebigen Agitationsstoff bietet, bemächtigt und ihr durch eine Resolution zur dritten Etatslesung eine verallgemeinernde Bedeutung zu geben versucht. Hiergegen wandten sich in Uebereinstimmung mit dem Staatssekretär Nieberding die Redner der bürgerlichen Parteien und lehnten teils deshalb, teils weil das Gefängniswesen Landessache ist und daher nicht zur Kompetenz des Reichstags gehört, die Resolution ab, ohne daß sie das Vorhandensein von Mißständen im einzelnen leugneten und die Notwendigkeit in Abrede stellten, zur Durchführung der an sich guten und ausreichenden Vorschriften über die Behandlung der Gefangenen, insbesondere der Kranken und Irren, in der Auswahl des Beamtenpersonals möglichst sorgfältig zu verfahren. Eine nicht eben glückliche Sonderstellung nahm nur der deutschfreisinnige Abgeordnete Dr. Mugdan ein, der bekanntlich Arzt in Berlin ist. In dem an sich löblichen kollegialischen Bestreben, sich der angegriffenen Berliner Anstaltsärzte anzunehmen, ging er viel zu weit, bezeichnete alles frischweg als Lug, Trug und gemeine Ehrabschneidung und wollte das Ganze nur als eine sozialdemokratische Erfindung zur Betreibung einer neuen Reklame für die Partei gelten lassen. Er sprach unter lauten, lebhaften Kundgebungen des Unwillens seitens der Sozialdemokraten, des Beifalls der Rechten und unter dem verlegenen Schweigen seiner Parteifreunde. Gewiß haben die Sozialdemokraten, wie der Staatssekretär Nieberding betonte, arg übertrieben, vereinzelte Fälle verallgemeinert, in Einzelheiten unrichtige Angaben gemacht, gewiß betrachten sie auch die Verfolgung dieser Sache im Parlament und in der Presse als eine willkommene Propaganda für ihre Parteizwecke. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß unzweifelhafte Mißstände aktenmäßig erwiesen sind und daß es geboten erscheint, ihnen energisch entgegen zu treten. Es ist der Fehler der bürgerlichen Parteien in früherer Zeit gewesen, daß sie es den Sozialdemokraten allein überließen, derartige Mißstände zur Sprache zu bringen und zu kritisieren. Darauf beruht ein nicht unerheblicher Teil der wachsenden Wahlerfolge der sozialdemokratischen Partei. Man sollte nicht wieder in diesen groben Fehler verfallen und Mißgriffe und Mißstände im einzelnen nicht durch eine Vogelstraußpolitik des Stillschweigens oder gar durch Ableugnen auch aktenmäßig festgestellter Tatsachen aus der Welt zu schaffen suchen, sondern lieber offen und entschieden für eine Abhilfe eintreten. Damit allein kann man verhindern, daß die Sozialdemokratie, die nach ihrem eigenen Geständnis von den Fehlern ihrer Gegner lebt und wächst, dem Volke als alleiniger Anwalt der Unterdrückten erscheint.

Was kommt jetzt?

Von unserm Wiener id.-Korrespondenten.

Wien, 13. Mai.

Seit der am letzten Dienstag erfolgten Vertagung des Reichsrats durchschwirren die verschiedensten Gerüchte über das, „was jetzt kommt", die Luft und die mannigfaltigsten Pläne finden ihre Fürsprecher. Mitglieder beider Schattierungen der Klerikalen, Zugehörige zum Zentrum und zur christlichsozialen Partei, propagieren in Vereins- und Wählerversammlungen ein direktes Eingreifen der Krone durch Sistierung der Verfassung und Proklamierung eines absolutistischen Regimes auf ein bis zwei Jahre, um „Ordnung zu machen". Von einem Teile der Christlichsozialen, aber auch von Politikern andrer Parteien wird die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Ausschreibung von Neuwahlen empfohlen. In den Kreisen des Polenklubs endlich erwärmt man sich für die Oktroyierung einer Geschäftsordnung.

Allen diesen Plänen und Gerüchten gegenüber kann auf Grund authentischer Informationen festgestellt werden, daß die maßgebenden Kreise solchen Projekten vollständig ferne stehen und zu keiner Art von Staatsstreich geneigt sind. Auch die Auflösung des Hauses ist vorläufig nicht in Aussicht genommen, wenn auch diese Eventualität in einem späteren Stadium, etwa wenn der Reichsrat bei Wiedereinberufung neuerlich versagen sollte, an Aktualität gewinnen würde. Es ist wahrscheinlich, daß die nächsten Monate ohne große politische Emotionen verlaufen werden.

Die am Sonnabend in Budapest zusammentretenden Delegationen werden bis etwa 10. Juni das öffentliche Interesse in Anspruch nehmen, insbesondere durch die stark gesteigerten Anforderungen der Armeeverwaltung. Die tschechischen, südslawischen und polnischen Delegierten werden jedenfalls auch die Debatte in den Delegationen dazu benützen, um ihrem Unmute über das Regime Körber in mehr oder minder heftiger Weise Ausdruck zu geben. Ende Juni wird die Regierung bemüßigt sein, das Budgetprovisorium für das zweite Halbjahr mit dem § 14 zu dekretieren. Dann tritt eine zweimonatliche Sommerpause ein. Für September ist eine Session der Landtage geplant — mit Ausnahme des Prager Landtages, dessen Verhandlungen die deutschen Parteien insolange zu verhindern entschlossen sind, bis die Tschechen die Obstruktion im Reichsrate aufgeben. Erst nach Abfolvierung der Landtagssession ist die Einberufung des Reichsrats in Aussicht genommen. Je nachdem auch dann die Arbeitsfähigkeit des Hauses durch die tschechische Obstruktion hintangehalten wird oder nicht, sollen weitere, einschneidende Maßnahmen in Erwägung gezogen werden.

Auf die Frage: Was kommt jetzt? kann also geantwortet werden: Nichts Aufregendes, nichts Besonderes. Es kommt die Fortsetzung der „leidenschaftslosen Beharrlichkeit", also des bekannten Körberschen Regierungsprogramms.

Politische Tagesübersicht.

Deutsches Reich.

Die Regierung und der Leipziger Aerztestreik. In einer Versammlung der Leipziger Ortskrankenkasse ist bekanntlich beschlossen worden, die Entscheidung der Regierung gegenüber dem Eingreifen der Amtshauptmannschaft anzurufen. Die Ortskrankenkasse dürfte damit keine Aenderung erzielen, denn am Freitag hat Minister v. Metzsch in der Zweiten Kammer auf eine Anfrage wegen des Aerztestreiks erklärt: „Ich möchte seitens der Regierung nicht wieder auf die Besprechung dieser Angelegenheit zukommen, weil ich sie glücklicherweise gegenwärtig als abgetan erachte und ich mich der Hoffnung hingebe, daß nun wirklich Friede und ein möglichst langer Friede geschlossen ist." Da das Ministerium des Innern die letzte Instanz in dieser Sache darstellt, so erscheint mit dieser Erklärung die Sache tatsächlich bis auf weiteres abgetan.

Der Kaiser in Metz. Der Kaiser und die Kaiserin sind mit der Prinzessin Victoria Luise am Sonnabend vormittag 11 Uhr von Straßburg in Metz eingetroffen. Auf dem Bahnhofe waren zum Empfange erschienen der Statthalter von Elsaß-Lothringen Fürst Hohenlohe-Langenburg, Staatssekretär v. Köller, die Unterstaatssekretäre v. Schraut, Petri und Zorn v. Bulach, der Bezirkspräsident Graf v. Zeppelin-Aschhausen, der Polizeipräsident v. Baumbach, sowie der kommandierende General Stötzer. Vom Bahnhofe aus begaben sich die Majestäten direkt nach dem Theaterplatz, wo die neue evangelische Kirche errichtet ist. Auf der Fahrt durch die festlich geschmückten Straßen, in denen die Truppen der Garnison Spalier bildeten, ritt der Kaiser hinter der Hofequipage, in der die Kaiserin mit der Prinzessin Victoria Luise Platz genommen hatte. Auf dem Theaterplatz war das Königs-Infanterie-Regiment Nr. 145 aufgestellt. Um 3 Uhr nachmittags reiste der Kaiser bereits wieder nach Saarbrücken-St. Johann ab. Vor seiner Abreise hatte der Kaiser im Fürstenzimmer des Bahnhofs eine etwa zehn Minuten währende Unterredung mit Bischof Benzler, der nur der Statthalter Fürst Hohenlohe-Langenburg beiwohnte. Nachdem der Kaiser aus dem Wartesaal auf den Bahnsteig hinausgetreten war, verließ Bischof Benzler das Kaiserzimmer auf der andern Seite. Die Kaiserin hatte den Bischof gar nicht begrüßt, sondern gleich nach der Ankunft mit der Prinzessin Viktoria Luise den Salonwagen bestiegen.

Die Ausländer auf deutschen Universitäten. In der Sitzung der sächsischen Zweiten Kammer vom 10. Mai sind der Referent und der Kultusminister beim Titel Universität Leipzig auch auf die sogen. Ausländerfrage zu sprechen gekommen. Es ist nun von dem Minister selbst anerkannt worden, daß die angeblich der deutschen Industrie drohende Konkurrenz der an unsern Hochschulen vorgebildeten Ausländer gar nicht in Betracht kommen könne. Selbst nach Ansicht vieler Großindustrieller überwiegen die Vorteile, die uns durch den Besuch der Ausländer erwachsen, weit schwerer als die eventuell auftretenden Nachteile. Vor allem hat sich der Senat der Universität Leipzig gegen jede Erschwerung des Studiums der Ausländer etwa durch eine Sonderbesteuerung ausgesprochen. Er hat schon vor einigen Jahren dem Ministerium auf eine Anfrage gesagt, „die Wissenschaft sei ein Gemeingut aller Kulturvölker, es möge auf diesem Gebiete an dem Prinzip voller Freizügigkeit festgehalten werden; eine ökonomische Mehrbelastung der Ausländer würde im grellsten, ja peinlichsten Gegensatze stehen zu dem Verhalten aller Kulturnationen, die in Naturwissenschaften, Medizin und Jurisprudenz ihre Unterrichtsanstalten bereitwillig und mit Stolz auf die darin liegende Anerkennung ohne Einschränkung und ohne Mehrbelastung zur Verfügung stellten". Trotzdem will nun die Regierung,

Rund um den Kreuzturm.

Frühlingsblüten — Frühlingsträume!...

Durch die blühende, duftende Baumallee war ich geschritten. Weit hinter mir lag Dresden im rötlichen Nebel gehüllt. Unzählige Lichterstreifen liefen die Kreuz und Quer wirr durch einander dahin — das waren die erleuchteten Straßen der Stadt. Ueber mir aber wölbte sich ein tiefblauer Himmel, mit Sternen reich besät. Dort in der Stadt: jedes helle Pünktchen eine brennende Gaslaterne oder ein erleuchtetes Fenster. Und hinter solchem Fenster lebt und schafft eine Welt für sich, jauchzt das Glück oder stöhnt das Elend. Und da oben am Himmel: jeder funkelnde Stern auch eine Welt für sich. Dort atmen auch Wesen wie auf unserm armseligen Planeten; leben und lieben, hassen und irren und — vergehen . . .

Ich trat in die Dorfschänke. Reges Leben herrschte da. Es wurde gespielt, geplaudert und getrunken. An der Tür aber saßen drei Männer in Arbeitskitteln, mürrisch und stumm. Drei vor — zwei gefüllten Gläsern.

„Du", rief der eine von ihnen dem Wirte zu, „so gib mir doch ein Glas Bier!"

„Tut mir leid!" antwortete der. „Ich darf nicht."

„Na, ein Glas nur."

„Nicht einen Tropfen. An mir liegt's ja nicht. Wenn's nach mir ginge, so könntest du trinken, so viel du Lust hättest."

„Aber außer mir stehen noch fünf andre auf der Liste", knurrte ärgerlich der Trockengesetzte. „Die haben gestern anstandslos Bier bekommen."

„Ja, die kenne ich eben nicht von Aussehen", entgegnete der Wirt. „Da kann ich doch nichts machen. Aber dich kenne ich nun einmal, und wenn angezeigt wird, daß ich dir Bier verabreicht habe, so muß ich eine hohe Geldstrafe zahlen. Und das kann doch niemand von mir verlangen."

„Nein. Da hat der Wirt recht. Das kann niemand von ihm verlangen", bemerkte der eine der beiden Kameraden kopfnickend. „Johann, dem Wirt darfst du es nicht übel nehmen. Die andern kennt er ja nicht. Doch trinke mal mit mir." Und er reichte dem Freunde sein volles Glas hin. Der trank, fuhr aber in seinem Aerger hartnäckig fort zu nörgeln: „Ich finde es nicht richtig, daß man mir das Bier verweigert. Was kann ich dafür, daß man mich gerade kennt?"

„Nein", rief einer vom Nebentische herüber, „dafür können Sie nichts. Aber Ihre Steuern müssen Sie bezahlen. Dann wird man Ihnen sofort wieder Bier verzapfen."

„Ich werd' sie schon zahlen. Ich hab' sie eben noch nicht zusammen. Wir verdienen nicht soviel wie andre. Viel nötigere Sachen noch muß man schuldig bleiben. Den ganzen Tag muß man Ziegel schleppen und abends bekommt man nicht einmal — du, Wirt, so gib mir doch ein Glas! Mache nur keine Geschichten!"

„Wie gesagt", erwiderte der Wirt und zuckte verlegen mit den Achseln.

„Da, Johann, trink' mal mit mir!" brummte der andre Arbeiter und schob, wie vorher der erste, dem Verpönten sein Glas hin. Der tat wieder einen tüchtigen Zug und räsonierte dann weiter.

Noch lange ging der Streit über Bier- und Steuerverweigerung hin und her. Die eine Partei fand die Maßregel, die der Gemeindevorsteher gegen die faulen Steuerzahler ergriffen hatte, ganz in der Ordnung, die andre empfand sie als Maßregelung. Ich aber saß still da und folgte dem Streite mit gespanntem Interesse. „Wer hat recht von beiden?" fragte ich mich. Hörte man die eine Partei, so war man versucht, ihr zuzustimmen. Und brachte die andre ihre Gegengründe vor, so mußte man auch sie billigen. Und doch! Eins wollte mir nicht in den Sinn, nämlich daß eine derartige Zwangsmaßregel, wie sie in verschiedenen ländlichen Distrikten gegen müßige Steuerzahler angewendet wird, dem Geiste unsrer Zeit entspricht. Es liegt etwas gar zu Mittelalterliches in einem solchen Vorgehen. Und dann der praktische Wert solcher Repressalien! Er ist wahrhaftig gleich Null. Es gibt ja noch Nachbardörfer, wo der Widerspenstige noch nicht bekannt ist. Er kann sich auch, wenn er von der Arbeit kommt, unterwegs die Pulle mit Branntwein und den Krug mit Bier füllen lassen und sich daheim dem sogenannten stillen Suff ergeben. Nein, das richtige Mittel, Steuern einzutreiben, ist das Kneipverbot nicht. Ich weiß wohl, so ein geplagter Gemeindevorstand hat oft seine liebe Not. Er soll immer Geld in der Kasse haben. Wege und Stege im Dorfe sollen immer in schönster Ordnung sein. Ortsarme müssen unterstützt werden. Er hat wahrhaftig seine liebe Not, der vielgeplagte Gemeindevorsteher. Das weiß ich genau. Nur meine ich, daß die erwähnte Art und Weise, rückständige Steuern einzutreiben, oft eine verfehlte ist. Auch widerspricht sie, wie gesagt, dem Geiste unsrer Zeit. Unwillkürlich stellt man sich auf die Seite des Gemaßregelten, selbst wenn er zu der Klasse der bösartigen Steuerverweigerer gehört. Mir fällt da eine analoge Geschichte ein. Sie liegt wohl über eine Mandel Jahre zurück. Sie spielte sich bei Leipzig in einem sogenannten Bierdorfe ab. Wir — ein Rudel fideler Studenten — saßen in dumpfer Dorfschänkstube und klopften Skat. Da fiel plötzlich mein Blick auf eine schwarze Tafel über dem Büfett. Darauf stand eine Reihe von Namen geschrieben. „O Seelenverwandte! O Leidensgenossen!" seufzte ich für mich. „Die stecken auch schon tief in der Kreide." „Sie, Herr Wirt!", rief ich, „die da haben wohl auch bei Ihnen mächtige Bären angebunden?" Katzbuckelnd nahte der Biervater und bedeutsam lächelnd sprach er: „Nein, nein, mein Herr. Die haben wo anders etwas auf dem Kerbholz. Das sind faule Steuerzahler. Die hat der Herr Gemeindevorstand öffentlich hier angenagelt, damit ihnen kein Bier verabreicht werde." Da warf unser dicker Fuchsmajor die Karten auf den Tisch und schrie: „Ich protestiere im Namen der menschlichen Vernunft, im Namen des freien Geistes und der immer durstigen Kehle, daß man gegen einen deutschen Staatsangehörigen auf eine solche Weise vorgeht!" Und alle riefen ihm lauten Beifall zu. Der Wirt aber verkroch sich schleunigst hinter sein Büfett und zuckte nur verlegen die Achseln. Er konnte ja nicht anders, der arme Kerl! Und kaum hatte sich der Sturm etwas gelegt, da trat ein schmutziges Bürschchen herein, barfüßig und die Hosen zerrissen. Es legte einen Groschen auf den Tisch und stellte eine Blechkanne auf die Bank. Doch ehe der Kleine überhaupt noch ein Wort sprechen konnte, sagte der Wirt barsch zu ihm: „Kommst du schon wieder? Ich habe dir doch ein für allemal gesagt, daß ich deinem Vater kein Bier einschenken darf. So lange sein Name da steht, gibt's nichts. Erst mag er seine Steuern berappen." Blutröte stieg dem kleinen Kerl hoch ins Gesicht. Aengstlich blickten seine Augen nach unserm Tisch. Und wie auf ein Kommando sprangen wir alle auf einmal auf. Jeder ergriff sein Glas und goß, was er gerade zufällig darin hatte, in die große, leere Blechkanne. „Da! Schaffe das deinem Alten heim!" rief unser Dicker, „und grüß' ihn von denen, die das Banner der Freiheit und Humanität zu jeder Zeit hochzuhalten entschlossen sind!" Wie ergreifend, wie hochherzig diese pathetischen Worte klangen! Der Kleine konnte kaum die schwere Kanne heimwärts schleppen. Wir aber kamen dem Dicken jubelnd die neue Blume. Was aus ihm geworden ist? In einem preußischen Neste, wo sein Vater Rittergutsbesitzer ist, war er einige Jahre als Verwaltungsbeamter tätig gewesen. Er fluchte und schimpfte die ganze Zeit auf die „loddrigen Steuerzahler". Aber er hatte schneidige Mittel ersonnen, die außenstehenden Abgaben einzutreiben: unter diesen Mitteln befand sich auch — das schwarze Brett in der Kneipe . . .

„Also, ich bekomme kein Bier?" fragte wohl schon zum zehntenmal der hartnäckige Forderer.

„Ich kann nicht", erklärte bestimmt der Wirt.

„Du, Johann, trink' mal mit mir", sagte wieder der eine Kamerad und schob sein Glas dem Boykottierten hin . . .

Wie lange noch der Streit zwischen den Tischen über Maßregel und Maßregelung hin- und hergegangen ist, ich weiß es nicht. Ich hatte mich aufgemacht und wanderte in später Abendstunde wieder der Stadt zu. Und da dachte ich über so manches nach, was man Recht und Vorschrift zu nennen pflegt. Und ohne daß ich es wollte, befand ich mich plötzlich in Gesellschaft der grämlichen Dame Justitia und zankte und haderte mit ihr, wie schon so oft in meinem Leben.

„Du mußt noch manches alte Kleidungsstück ablegen, gestrenge Göttin. Ich weiß gar nicht, ihr Weiber seid doch sonst so auf die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1904051502/1